

11.07.2023

N i e d e r s c h r i f t

über die 31. (933.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am Dienstag, den 11. Juli 2023, 19.30 Uhr, im Sitzungszimmer im Rathaus

Es sind erschienen:

Ratsvorsitzender Gerrit Agena
Stv. Bürgermeisterin Ines Mühlinghaus
Stv. Bürgermeister Rüdiger Schmidt
Ratsherr Uwe Garrels
Ratsherr Jan Martin Janssen
Ratsfrau Bärbel Kraus
Ratsfrau Daniela Peters
Ratsherr Till Martin Peters
Ratsherr Michael Recktenwald
Ratsfrau Gerda Spies

Es fehlt entschuldigt:

Bürgermeisterin Heike Horn
Allgemeiner Vertreter Ralf Heimes
Kämmerin Cornelia Baller
Protokollführerin Katja Heimes

Als Gast:

Leiter Reedereibetrieb Jens Heyen

Zu Punkt 1 und 2: Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit

Ratsvorsitzender Agena eröffnet die Sitzung, begrüßt die Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Zu Punkt 3: Feststellung der Tagesordnung und der dazu vorliegenden Anträge

Stv. Bürgermeisterin Mühlinghaus verliest im Namen der Gruppe JKSM einen Antrag zur Beschlussweiterung der Vorlage VO23-148.

Allgemeinen Vertreter Heimes fragt, ob über diesen Antrag in der heutigen Sitzung beraten werden soll.

Ratsherr Janssen erklärt, dass es sich um eine Ergänzung als weiteren Beschlussvorschlag zum Tagesordnungspunkt 13, Vorlage VO23-148, als „Beschlussvorschlag c“ handelt.

Allgemeiner Vertreter Heimes stellt richtig, dass im Moment ein Antrag gestellt und gemäß § 6 der Geschäftsordnung zu entscheiden sei. Wenn der Antrag bei der Tagesordnung als Beschlussvorschlag behandelt werden soll, müsse unter dem Tagesordnungspunkt die Erweiterung als weiterer Beschlussvorschlag beantragt werden.

Bürgermeisterin Horn äußert ihre Bedenken. Nach 13 Jahren Beratung und Kosten in Höhe von etwa € 350.000,00 sowie dreimaliger Durchführung des gleichen Prozedere werde gebetsmühenartig immer noch geäußert, es sei die wichtigste Entscheidung für die Insel und es bestehe weiterer Beratungsbedarf. Sie finde es schwierig dem Landkreis und dem Land gegenüber. Sie verweist auf Millionen entgangener Fördergelder, weil eine Entscheidung ausstehe, man sich aber über Winterreifen für einen Trecker unterhalte. Man komme in eine immer schwierigere Lage. Seitens der Verwaltung sei mehrfach um Vorlage von Berechnungen zum Konzept der Herren Hube und Kremer gebeten worden, welche aber nicht vorgelegt wurden. Man könne weder die genannte Gesetzesgrundlage nachvollziehen, noch seien von der Gruppe zugesagte Berechnungen vorgelegt worden. Auch die Kämmerin habe auf ihre Nachfrage nach Berechnungen für ein nachhaltiges Konzept von der Gruppe JKSM keine Antwort erhalten.

Stv. Bürgermeister Schmidt äußert seine Enttäuschung, dass seitens der Gruppe JKSM die Beschlusserweiterung nicht im Vorfeld an die übrigen Ratskollegen gegeben wurde.

Ratsherr Garrels bittet die Diskussion auf den Tagesordnungspunkt zu verschieben. Änderungsanträge könnten zum Tagesordnungspunkt vorgebracht werden.

Ratsfrau Kraus erläutert, es handle sich nicht um einen neuen Antrag, sondern um einen Antrag der bereits gestellt wurde. Sie verweist auf die Niederschrift der Ratssitzung vom 04.05.2023. Dieser Antrag sei bis zur Prüfung möglicher Konzepte zur touristischen Entwicklung zurückgestellt worden. Es gehe jetzt in die Prüfung und das Konzept solle mit aufgenommen werden.

Zu Punkt 4: Genehmigung der Niederschrift über die 26. (928.) ordentliche nichtöffentliche Sitzung des Rates am 12.04.2023

Die Niederschrift über die 26. (928.) ordentliche nichtöffentliche Sitzung des Rates am 12.04.2023 wurde allen Ratsmitgliedern zugestellt.

Die Niederschrift über die 26. (928.) ordentliche nichtöffentliche Sitzung des Rates am 12.04.2023 wird mit 10 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung genehmigt.

Zu Punkt 5: Genehmigung der Niederschrift über die 27. (929.) ordentliche nichtöffentliche Sitzung des Rates am 20.04.2023

Die Niederschrift über die 27. (929.) ordentliche nichtöffentliche Sitzung des Rates am 20.04.2023 wurde allen Ratsmitgliedern zugestellt.

Die Niederschrift über die 27. (929.) ordentliche nichtöffentliche Sitzung des Rates am 20.04.2023 wird mit 10 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung genehmigt.

Zu Punkt 6: Genehmigung der Niederschrift über die 28. (930.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 25.04.2023

Die Niederschrift über die 28. (930.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 25.04.2023 wurde allen Ratsmitgliedern zugestellt.

Die Niederschrift über die 28. (930.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 25.04.2023 wird einstimmig.

Zu Punkt 7: Genehmigung der Niederschrift über die 29. (931.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 04.05.2023

Die Niederschrift über die 29. (931.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 04.05.2023 wurde allen Ratsmitgliedern zugestellt.

Die Niederschrift über die 29. (931.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 04.05.2023 wird einstimmig genehmigt.

Zu Punkt 8: Genehmigung der Niederschrift über die 30. (932.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 06.06.2023

Die Niederschrift über die 30. (932.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 06.06.2023 wurde allen Ratsmitgliedern zugestellt.

Die Niederschrift über die 30. (932.) ordentliche öffentliche Sitzung des Rates am 06.06.2023 wird mit 10 Ja-Stimmen und 1 Stimmenthaltung genehmigt.

Zu Punkt 9: Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses

1. Bürgermeisterin Horn berichtet über die durch die Gemeinde veranlasste Flurbereinigung auf dem Bahnhofsgelände. Die Flurstücke seien unterschiedlichen Betrieben zugeordnet. Um eine Zuordnung zu ermöglichen sollen die Flächen zunächst vermessen und im nächsten Schritt dem jeweiligen Betriebsvermögen zugeordnet werden.
2. Bürgermeisterin Horn berichtet über den Beschluss zum Austausch diverser Heizungsanlagen in den Personalwohnhäusern und im Jugendhaus.

Ratsherr Janssen verweist auf Förderprogramme für neue Heizungen und fragt, ob in diesem Zusammenhang Förderungen beantragt wurden.

Bürgermeisterin Horn erklärt, die Förderung sei in Abhängigkeit von erneuerbaren Energien zu sehen. Der Beschluss sei heute erst im Umlaufverfahren erfolgt. Erst jetzt könne bezüglich der Förderanträge gehandelt werden. Bürgermeisterin Horn weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass es sich um eine Investition handle. Sie erinnert an die Auflage vom Land Niedersachsen und den Investitionsstopp für den Tourismus-Service. Hier müsse nochmal geklärt werden, ob im Rahmen dessen eine Förderung beantragt werden dürfe.

Zu Punkt 10: Einwohnerfragestunde zu den Beratungsgegenständen

Es werden keine Fragen gestellt.

Zu Punkt 11: Satzung zur Bildung eines Kinder- und Jugendbeirates (s. Vorlage Nr. VO23-127)

Ratsherr Garrels verweist auf § 5, Abs. 3 der Satzung. Er möchte wissen, ob eine Person, die 21 Jahre alt ist nochmals gewählt werden dürfe.

Allgemeiner Vertreter Heimes verneint die Frage und verweist auf die §§ 1 und 2 mit den grundsätzlichen Regelungen. Die Altersstufen seien in den §§ 4 und 5 geregelt. Er sehe eine Wiederwahl nach Überschreitung des 21. Lebensjahres als nicht mehr möglich. Die Person dürfe nur die Wahlperiode weiter mitmachen.

Ratsherr Garrels verweist weiter auf § 9, Abs. 4 der Satzung. Bei einer Ratssitzung müsse mindestens die Hälfte der Ratsmitglieder anwesend sein um Entscheidungen treffen zu können. Dies halte er auch für den Beirat für sinnvoll. Er fragt, ob es hier besondere Überlegungen für den Wortlaut gab.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, der Wortlaut sei von einer anderen Satzung übernommen worden. Es gebe sehr wenig Regelungen im NKomVG zu einem Kinder- und Jugendbeirat. Seines Erachtens gehe es darum eine gewisse Konstanz zu erhalten und den Beirat lieber tagen zu lassen als dass es dazu führe, dass der Beirat schnell wieder in der Versenkung verschwinde.

Ratsherr Garrels beantragt die Änderung des Absatzes 4. Der Beirat ist nur beschlussfähig, wenn mindestens die Hälfte der Beiratsmitglieder anwesend sind.

Allgemeiner Vertreter Heimes äußert den Hinweis, die Satzung sei dann strenger, als die vom NKomVG für den Rat vorgegebene Regelung.

Ratsfrau Peters schließt sich den Ausführungen von Allgemeiner Vertreter Heimes an. Ihrer Meinung sollte § 9, Abs. 4 in der vorgelegten Form bestehen bleiben.

Ratsherr Recktenwald weist darauf hin, der Beirat werde auch Mitglieder haben, die während der Woche auf dem Festland (Ausbildung oder NIGE) sind. Daher sollte der Absatz 4 so stehen bleiben.

Der Antrag von Ratsherrn Garrels auf Änderung der Satzung in § 9, den Abs. 4 zu streichen und zu ergänzen *„Der Beirat ist beschlussfähig, wenn zu Beginn der Sitzung mindestens die Hälfte der Mitglieder anwesend sind“* wird mit 5 Ja-Stimmen und 6 Nein-Stimmen abgelehnt.

Der Rat beschließt mit 6 Ja-Stimmen und 5 Nein-Stimmen die Satzung für den Kinder- und Jugendbeirat der Inselgemeinde Langeoog gemäß der Änderungen unter § 4, Abs. 4 *„Wahlberechtigt ist jeder, der am Wahltag das 8. Lebensjahr vollendet und das 21. Lebensjahr noch nicht überschritten hat, sowie seinen Hauptwohnsitz auf der Insel Langeoog hat“* und unter § 5, Abs. 1 *„Wählbar sind alle ab dem 10. Lebensjahr bis zur Vollendung des 21. Lebensjahres, die ihren Hauptwohnsitz auf der Insel Langeoog haben“* sowie unter § 5, Abs. 2 *„Die gewählten Mitglieder des Kinder- und Jugendbeirates können bis zum Ende der Wahlzeit über das 21. Lebensjahr hinaus im Beirat tätig sein“*.

Bürgermeisterin Horn äußert, ein Kinder- und Jugendbeirat werde auf der Insel erstmalig implementiert. Dies sei seinerzeit ihr Antrag gewesen. Die Vorgaben sollten möglichst niedrigschwellig gehalten werden. Man habe sich bewusst für das Alter 21 entschieden, auch wenn die Personen inzwischen auf dem Festland sind, aber ein Interesse daran haben, die Geschicke der Insel mit zu lenken. Sie halte es für dringend geboten, dass im Rahmen eines politischen Instruments Kinder und Jugendliche auf der Insel beteiligt werden. Sei könne daher eine Ablehnung nicht nachvollziehen.

Ratsherr Garrels erklärt, dass er die Satzung ausdrücklich begrüße. Er lehne lediglich den einen Punkt der Satzung ab. Wenn eine Sitzung anberaumt werde, müsse man sich darum kümmern, dass die Mitglieder des Beirates da sein können.

Zu Punkt 12: Satzung der Gemeinde Langeoog über die Erhebung von Gebühren zur Nutzung des gemeindlichen „Inselmobils“
(s. Vorlage Nr. VO23-142)

Ratsfrau Kraus begrüßt die Einführung des Inselmobils. Sie habe allerdings ein Problem mit der Zahlung einer Aufwandsentschädigung. Diese würden in anderen ehrenamtlichen Bereichen, z. B. der Feuerwehr, nicht gezahlt. Das Ehrenamt sollte durch Gleichbehandlung wertgeschätzt werden. Sie verweist auf die unterschiedlichen Steuerfreibeträge für Ehrenamtliche.

Ratsfrau Peters schließt sich den Ausführungen an. Auch sie sehe die Aufwandsentschädigung in Höhe von € 5,00 pro Fahrt nicht.

Bürgermeisterin Horn berichtet, man habe sich an einer Nachbarinsel orientiert. Dieses Ehrenamt beschäftige sich mit der Beförderung von Personen. Die Feuerwehr sei mit Aufwandsentschädigungen nicht zu beziffern. Ein bestimmter Personenkreis der Feuerwehr bekomme eine Aufwandsentschädigung. Zudem stelle die Schifffahrt 200 Fahrkarten jährlich zur Verfügung, die in der Feuerwehr verteilt werden. Bürgermeisterin Horn verweist nochmals auf die Verantwortung für die zu befördernden Personen. Die Aufwandsentschädigung würde die Tätigkeit attraktiver machen. Sie wisse von der Nachbarinsel aber auch, dass die Ehrenamtlichen ihre Aufwandsentschädigung teilweise spenden. Die Sachbearbeiterin habe sich sehr kundig und mit der Satzung Gedanken gemacht. Die Frage der Gerechtigkeit liege im Auge des Betrachters. Es obliege dem Rat eine Summe für ehrenamtliche Leistungen zur Verfügung zu stellen. Sie verweist auf die Ehrenamtskarte des Landkreises. Für das Inselmobil gebe es einen Dienstplan. Die Tätigkeit sei verbindlich.

Ratsherr Garrels schließt sich den Ausführungen von Ratsfrau Kraus an. Ein Ehrenamt sollte kostenlos durchgeführt werden. Er befürchte, es entstehe ein Wettbewerb unter den Ehrenamtlichen. Die Bürgerhilfe zahle den Fahrern keine Aufwandsentschädigung.

Ratsherr Recktenwald bittet die Satzung unabhängig vom Ehrenamt zu diskutieren. Er sehe die Aufwandsentschädigung als „kleines Goodie“.

Bürgermeisterin Horn weist darauf hin, der Fahrdienst des bliev hier unterliege einer Zweckbestimmung.

Ratsfrau Kraus bittet die Position des Ehrenamtes noch einmal generell zu überdenken. Sie wolle eine Demotivation in unterschiedlichen Ehrenamtstätigkeiten vermeiden.

Bürgermeisterin Horn sieht dies wie Ratsherr Recktenwald. Das Ehrenamt müsse unabhängig diskutiert werden. Der Inhalt der Satzung sei dem Rat hinlänglich bekannt gewesen. Sie verweist nochmals auf die Ehrenamtskarte.

Ratsfrau Peters verweist auf ihren Antrag zum Ehrenamt, der der Verwaltung vorliege.

Ratsherr Garrels äußert, die Satzung sei bisher nicht öffentlich in einem Ausschuss diskutiert worden, daher habe es auch keine Möglichkeit gegeben Fragen zu stellen. Im Zuge von Transparenz und Öffentlichkeit sollten die Argumente öffentlich vorgebracht werden.

Kämmerin Baller erläutert das Abrechnungsmodell. Die Ressourcen bei der Inselgemeinde würden immer weniger. Angedacht gewesen sei die Abrechnung direkt beim Fahrer. Jetzt sollen über die Gemeindekasse Berechtigungsscheine ausgegeben werden. Sie wäre dafür die Abrechnung möglichst niedrigschwellig zu lassen.

Bürgermeisterin Horn berichtet, in Gesprächen mit den Ehrenamtlichen sei eine Handkasse abgelehnt worden. Auch sei es Wunsch der Senioren das ganze ohne Geld abzuwickeln. Dies sei nach Meinung aller niedrigschwelliger als Bargeldzahlung.

Ratsherr Garrels bittet in § 1, Abs. 1 das Wort „zunächst“ zu erläutern.

Bürgermeisterin Horn erklärt, man wisse die Dauer der Betreuung nicht und „zunächst“ schließe eine festimplementierte Größe aus, was mit der Beantragung von Fördergeldern zu tun habe.

Ratsherr Garrels möchte wissen, was als „Notfalltransport Gepäck“ gemeint sei.

Bürgermeisterin Horn erläutert den Sachverhalt. Man habe dies aus Erfahrungen der Nachbarrinsel übernommen. Sie nennt als Beispiel den Nottransport eines Insulaners mit dem Hubschrauber auf das Festland, ohne dass eine Begleitperson und Gepäck zur Verfügung gestanden haben. In dieser Situation könne der Fahrdienst angerufen werden.

Der Rat beschließt mit 6 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme und 4 Stimmenthaltungen die Verabschiedung der „Satzung der Gemeinde Langeoog über die Erhebung von Gebühren zur Nutzung des gemeindlichen „Inselmobils“ (Gebührensatzung Inselmobil) gemäß der Änderungen „In § 7 wird der erste Satz gestrichen“ und der Änderung in der Gebührenübersicht „Folgende Entgelte (pro Fahrt) werden über Berechtigungsscheine erhoben, die in der Gemeindekasse erworben werden können“.

Zu Punkt 13: Antrag der Gruppe L.P.R. und Ratsmitglied Uwe Garrels

Feststellung der von Project M im Auftrag der Inselgemeinde gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, Rat und Verwaltung erarbeiteten Ergebnisse der öffentlichen Präsentation vom 03.05.2023 als Leitlinie für die weiteren Entscheidungen zur touristischen Entwicklung Langeoogs
(s. Vorlage Nr. VO23-148)

Ratsfrau Kraus verweist auf die Ratssitzung am 04.05.2023. Hier sei noch keine Rede von einer Leitlinie oder einem Konzept gewesen, sondern von einer Ergebniszusammenfassung eines Prozesses. Sie frage sich, woher jetzt der Begriff Leitlinie komme und vom Rat festgestellt werden solle.

Ratsherr Garrels erklärt, Projekt M habe die erarbeiteten Ergebnisse zusammengefasst und öffentlich präsentiert. Die Zusammenfassung sei seines Erachtens die Leitlinie, nach der zukünftig in dem Verfahren weitergegangen werden müsse. Es habe dazu eine klare Mehrheit des Gemeinderates gegeben. Wenn dies die Feststellung der wesentlichen Grundsätze der touristischen Ausrichtung sein soll, sollte der Gemeinderat dies auch feststellen. Außerdem bilde die Zusammenfassung die Basis dazu, was im touristischen Bereich unternommen werden soll, gerade auch im Hinblick auf das Kurviertel. Man könne nicht von einem Konzept sprechen, daher sei von ihm der Gedanke gekommen, man habe eine touristische Leitlinie. Ein Konzept sei, was sich aus dieser grundsätzlichen Überlegung und den dazu erforderlichen Maßnahmen ergebe. Erst wenn dazu Maßnahmen und Ergebnisse aus dem Interessenbekundungsverfahren entsprechend dem nachfolgenden Antrag vorliegen, und auch wirtschaftliche Ergebnisse vorliegen, könne der Landkreis prüfen. Für ihn müsse festgestellt werden, dass die erarbeiteten Ergebnisse Grundlage für das Handeln der nächsten 10 Jahre sein müssen und darauf die Gebäude und Liegenschaften, das touristische Grundkonzept und eine Strategie basieren. Es gebe kein Konzept. Dieses ergebe sich erst aus Leitlinie und Maßnahme.

Ratsherr Janssen verweist auf den Antrag der Gruppe JKSM. Der Antrag sei gestellt worden um alles abzubilden und zu durchleuchten, was zur Erstellung eines Konzeptes erforderlich und tragfähig sei und auch die Vorgaben des Entschuldungsvertrags erfülle. Man habe ein Tourismus-Konzept, welches überarbeitet wurde.

Bei einer Leitlinie müsse man wissen, wo man hinwolle. Dazu habe man in der Sitzung am 04.05.2023 den Antrag gestellt, parallel zur Prüfung des Antrages der Gruppe L.P.R. auch den Vorschlag des Herrn Olaf Hube mit einfließen zu lassen. Oder zumindest erstmal die Präsentation zu haben um zu sehen, wie sich dieses Konzept in das neue touristische Konzept bzw. die Leitlinie einpasse. Dies sei der Hintergrund der beantragten Beschlusserweiterung, um nichts auszuschließen. Es gehe darum, den Vorschlag von Herrn Hube und Herrn Kremer öffentlich vorstellen zu lassen. Bisher sei dies nur dem Rat aufgezeigt worden. Tenor der anwesenden Ratsmitglieder sei gewesen, es handle sich um ein gutes Konzept und solle erst einmal geprüft werden. Der Antrag sei in der Sitzung am 04.05.2023 zurückgestellt worden. Mit diesem und dem nächsten Tagesordnungspunkt sollen seines Erachtens zwei Punkte beschlossen werden, die das Konzept am Ende ausschließen würden. Seines Erachtens handle es sich bei dem Konzept der Herren Hube und Kremer vielleicht um das schnellstmöglich umzusetzende Konzept, welches auch für Langeoog am nachhaltigsten ist.

Ratsherr Garrels erklärt, es bleibe ein Vorschlag von vielen. Erst wenn weitere Vorschläge vorliegen, könnten alle gemeinsam geprüft werden. Im Rahmen des Interessenbekundungsverfahrens könne auch der Vorschlag Hube und Kremer geprüft werden. Man wolle ein ergebnisoffenes Verfahren in die Wege leiten. Der Gemeinderat sei nicht dafür zuständig das Konzept von Herrn Hube und Herrn Kremer vorzustellen. Die Vorstellung und Veröffentlichung blieben Herrn Hube und Herrn Kremer überlassen. Es gehe jetzt darum zu sagen, die erarbeiteten Ergebnisse von Projekt M seien die Grundlagen zur weiteren Planung.

Ratsfrau Peters bringt vor, es müsse ihrer Meinung nach um die touristische Entwicklung des kompletten Kurviertels gehen. Sie sehe den Vorschlag von Herrn Hube und Herrn Kremer nicht als Konzept. Es gehe lediglich um zwei Liegenschaften.

Ratsherr Janssen widerspricht. Es handle sich sehr wohl um ein Konzept zur Ertüchtigung der Liegenschaften. Er berichtet nochmals über den Besuch beim Landkreis Wittmund. Der damalige Vorschlag sei abgelehnt worden, weil die Kommune sich nicht wirtschaftlich betätigen dürfe. Ein Verkauf des Haus der Insel sei laut Landrat nicht notwendig. Nicht benötigt und verkauft werden soll dagegen das alte KWC. Er sehe dadurch wieder eine Liquidität und mögliche Generierung von Fördergeldern. Mit diesen Geldern soll das Haus der Insel entwickelt und die touristische Leistungsfähigkeit erhalten werden. Bei der Vorstellung des Konzeptes von Herrn Hube und Herrn Kremer seien sich alle Ratsmitglieder darüber einig gewesen, dass das Vorgestellte erst einmal überprüft werden müsse. Der Antrag für die Prüfung sei dann in der Ratssitzung am 04.05.2023 zurückgestellt worden. Er befürchte man gehe wieder in ein Interessenbekundungsverfahren, dass wie die bisherigen enden wird. Man habe die Möglichkeit eine Idee von vor Ort umzusetzen. Er könne nicht nachvollziehen, warum man sich noch europaweit anders bemühen will.

Kämmerin Baller führt aus, die Kommunalaufsicht habe den damaligen Vorschlag nicht nur abgelehnt, weil er rechtlich nicht umsetzbar, sondern weil er auch wirtschaftlich nicht darstellbar gewesen sei. Richtig sei, der Landrat dürfe nicht vorschreiben, dass das Haus der Insel verkauft werden müsse. Die Kommunalaufsicht fordere aber den Tourismus so aufzustellen, dass er sich selber tragen könne bzw. die Gemeinde es schafft, den Anteil, den der Tourismusservice selbst nicht erwirtschaften könne, auszugleichen. Es müssten Prioritäten gesetzt werden, was dringend erhalten bleiben müsse um den Tourismus auf der Insel attraktiv zu halten. Dies müsse bald geschehen, weil seit Jahren keine Darlehen mehr aufgenommen werden dürfen und man nicht mehr investitionsfähig sei. Die Liegenschaften verkommen immer mehr. Man werde nur wieder darlehensfähig durch Vorlage eines Konzeptes wie man sich wirtschaftlich mit ausgeglichenen Ergebnissen aufstelle. Kämmerin Baller führt weiter aus, sie habe die Ratsmitglieder zum Vorschlag von Herrn Hube und Herrn Kremer um Zahlen gebeten. Sie könne sich ansonsten wirtschaftlich keinen Eindruck darüber machen.

Stv. Bürgermeister Schmidt wiederholt, der Rat sei sich darüber einig gewesen, bevor man eine Richtung einschläge, Projekt M zu beauftragen. Man sei sich einig, das Ergebnis als touristisches Leitbild oder Konzept zu nehmen. Er könne den Antrag von JKSM nicht nachvollziehen und wisse nicht, was geprüft werden soll. Man habe sich jetzt erst mehr oder weniger über die zukünftigen Angebote für Gäste und Insulaner im zukünftigen Kurviertel geeinigt. Es sei seines Erachtens der normale Ablauf, der jetzt erfolge. Bei einem Interessenbekundungsverfahren könne sich jeder bewerben. Auch der Investor für den Vorschlag von Herrn Kremer und Herrn Hube. Spätestens dann müssten Zahlen vorgelegt werden. Er verweist nochmals auf einen Satz in der Vorlage, der dies auch so erläutert.

Ratsherr Garrels verweist auf die unterschiedlichen Meinungen zur Verwertung des Kurviertels. Man könne schon wettbewerbsrechtlich nicht sagen, es liege ein Vorschlag von Langeoogern vor und dabei verbleiben. Es gehe darum, die Möglichkeiten zu prüfen. Der vorliegende Antrag habe nichts mit einer Verwertung der Liegenschaften zu tun. Es gehe um die Grundsätze, wie zukünftig gehandelt werden soll. Er verweist nochmals auf die Wirtschaftlichkeit der Betriebe. Die Kommunalaufsicht fordere den Nachweis für die Wirtschaftlichkeit im laufenden Betrieb. Es gehe nicht um den Ersterlös aus einem Verkauf.

Bürgermeisterin Horn stellt richtig, nach ihrem Verständnis würden Herr Hube und Herr Kremer den gemachten Vorschlag aber nicht entwickeln. Sie könne nachvollziehen, dass jeder für seine Überzeugungen kämpfe. Nach 13 Jahren müsse aus steigenden Gründen eine Entscheidung getroffen werden. Es liege ausreichend Material als Grundlage für eine Entscheidung vor. Wenn sich alles so gut rechnen lasse, stelle sie sich die Frage, warum die Langeooger sich nicht zu einer Genossenschaft oder GmbH zusammenschließen. Trotz Aufforderung seien von JKSM keine Zahlen vorgelegt worden. Auch gesetzliche Grundlagen konnten nicht dargelegt werden. Sie verweist unter anderem auf die personelle Verantwortung, wie es in den nächsten Jahren weitergehen soll. Es gehe nicht um die Verwertung von Liegenschaften. Ein isolierter Verkauf ermögliche kein Gesamtkonzept mehr. Es gehe aber um ein Gesamtkonzept für Gäste und Insulaner im Rahmen der drei erarbeiteten Säulen. Die Situation werde immer enger und es müsse dringend eine Entscheidung gefällt werden. Ihr Wunsch sei ein Bürgerhaus gewesen. Das jetzige Haus der Insel sei ein touristisches Gebäude. Dies sei auch der Grund, warum die Kommune bei vielen Fördergeldern rausfalle. Sie verweist auf einen Termin beim Landkreis, der abgesagt werden musste, weil keine Zahlen vorliegen. Unabhängig von allem sei der erste Schritt die Kosten für die Nutzungsverlagerungen zu prüfen.

Ratsfrau Kraus verweist auf den Antrag der Gruppe L.P.R. und Ratsherr Garrels vom 04.05.2023 und liest vor „...die vorbereitenden einzelnen Schritte zur Umsetzung des Entwicklungskonzeptes für das Kurviertel, insbesondere für den Veranstaltungsbereich, zu prüfen und zu ermitteln, um das vom Land geforderte touristische Gesamtkonzept als Voraussetzung für dessen Unterstützung wirtschaftlich zu unterlegen“. Bis jetzt liege ihr dazu kein Ergebnis vor. Ihre Gruppe wolle daher, dass der Vorschlag der Herren Hube und Kremer parallel mit untersucht werde. Dieser Antrag sei dann bis zur Prüfung möglicher Konzepte zurückgestellt worden. Ihres Erachtens würden jetzt auf einmal „Leitlinien“ festgelegt. Es sollten mehrere Möglichkeiten geprüft werden, zumal mit dem Verkauf des alten KWC's sofort Gelder zur Verfügung stünden um Fördermittel beantragen zu können. Wenn gefragt werde, was koste das Konzept der Herren Hube und Kremer, frage sie im Gegenzug, was koste die Umsetzung der „Leitlinien“.

Stv. Bürgermeister Schmidt äußert, ohne eine genannte Summe könne keine Prüfung erfolgen. Er stellt richtig, dass der Antrag der Gruppe L.P.R. und Uwe Garrels die Prüfung der Kosten für die Verlagerung der Angebote beinhalte.

Ratsherr Garrels stellt nochmals richtig, es gehe bei diesem Tagesordnungspunkt um die Feststellung der erarbeiteten Ergebnisse und bittet über den Tagesordnungspunkt abzustimmen.

Auf Nachfrage von Allgemeinen Vertreter Heimes, ob der erweiterte Beschlussvorschlag der Gruppe JKSM noch aufgenommen werden soll, verliert Stv. Bürgermeisterin Mühlinghaus den Beschlussvorschlag.

Beschlussvorschlag c)

Antrag der Gruppe JKSM zur Vorlage VO23-148 den Beschlussvorschlag wie folgt zu erweitern

Aufnahme unseres Antrages vom 25.04.2023 parallel zu Prüfung des Antrages der Gruppe L.P.R. zusätzlich auch den Vorschlag des Herrn Olaf Hube zu überprüfen und zu ermitteln ob das vom Landkreis geforderte touristische Gesamtkonzept als Voraussetzung für die Unterstützung zur Entwicklung des Kurviertels damit erfüllt, bzw. wirtschaftlich unterlegt wird. Der in der Ratssitzung vom 04.05.2023 zunächst bis zu einer Prüfung möglicher Konzepte zur touristischen Entwicklung zurückgestellt wurde.

Der Rat beschließt mit 4 Ja-Stimmen und 7 Nein-Stimmen den erweiterten Beschlussvorschlag c abzulehnen.

Der Rat beschließt mit 7 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen

den Beschlussvorschlag a)

die von Project M im Auftrag der Inselgemeinde gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern, Rat und Verwaltung erarbeiteten Ergebnisse der öffentlichen Präsentation vom 03.05.2023 als Leitlinie für die weiteren Entscheidungen zur touristischen Entwicklung Langeoogs festzustellen.

Zu Punkt 14: Antrag der Gruppe L.P.R. und Ratsmitglied Uwe Garrels

Beauftragung der im Zusammenhang mit der Einleitung eines Interessenbekundungsverfahrens zur Umsetzung der mit den Bürgerinnen und Bürgern erarbeiteten zukünftigen touristischen Leitlinie im Kurviertel Langeoog erforderlichen vorbereitenden Arbeiten für die Markterkundung, die Formulierung des Interessenbekundungsverfahrens, die Bewertungsmatrix und für die Gewinnung einer rechtlichen Begleitung der Verfahren
(s. Vorlage Nr. VO23-149)

Ratsherr Janssen verweist auf die vorherige Abstimmung und das damit verbundene Abstimmungsverhältnis. Er merkt an, für die nachfolgenden Generationen würde hier und heute das Feld bestellt. Wenn die Beschlüsse der Ratsmehrheit so gefasst würden, würden diese zu den Totengräbern der Insel. Es würde ein guter Vorschlag von den Herren Hube und Kremer vorliegen, der seines Erachtens für Langeoog in der Umsetzung von Vorteil sei. Er sei schnell umsetzbar und man komme schnell in die Lage Fördermittel zu generieren. Er verweist auf das Beispiel der Insel Borkum, die mehr als 20 Mio. Euro für die Entwicklung des Kurzentrums erhalten habe. Der Vorschlag erfülle in vollem Maße die Vorgaben des Entschuldungsvertrages mit dem Land Niedersachsen. Man behalte dadurch das Heft des zukünftigen Handelns in eigener Hand. Er selber sei bei zwei Interessenbekundungsverfahren dabei gewesen, verbunden mit viel Arbeit und Kosten, und am Ende sei kein Ergebnis dabei rausgekommen. Ein erneutes Interessenbekundungsverfahren würde sehr lange dauern. Das Konzept der Herren Hube und Kremer sollte schnellstmöglich der Bevölkerung vorgestellt werden. Seines Erachtens passe das Konzept genau in das von Projekt M vorgestellte Konzept bzw. neu formuliert in die touristischen Leitlinien. Man wolle nicht etwas aufhalten, sondern sehe die vorherrschende Not. Man wolle für Langeoog das schnellstmögliche Konzept, was die Insel zukunftsfähig mache.

Bürgermeisterin Horn verweist auf die langjährige Ratstätigkeit von Ratsherrn Janssen und die bisher nicht erfolgten Entscheidungen zum Kurviertel. Zu äußern, heute wäre die Mehrheitsgruppe Totengräber, halte sie für sehr bedenklich, zumal der bisherige Rat mit Ratsherrn Janssen keine Entscheidung getroffen habe. Sie verweist auf seine Aussage es handle sich um ein sehr gutes Konzept, das sich rechne und den Entschuldungsvertrag erfülle. Im vorherigen Tagesordnungspunkt habe seine Gruppe aber um die Berechnung und Prüfung des Vorschlages gebeten. Sie verstehe den Zusammenhang nicht. Sie verweist nochmals auf die Nachfragen der Zahlen durch die Kämmerin. Wenn Berechnungen vorliegen, warum werden diese nicht vorgelegt. Außerdem seien die Leitlinien zur Zeit der Vorstellung des Konzeptes noch gar nicht abschließend besprochen gewesen. Bürgermeisterin Horn macht nochmals deutlich, dass der Rat keine „Leitlinien“ festgelegt habe, sondern ein Prozess durchgeführt wurde, der schon mehrfach beschrieben wurde. Das Verfahren mit Projekt M, in Verbindung mit 9 Bürgerbeteiligungen, sei mehr als transparent gewesen. Sie äußert nochmals die Bitte, wenn man wisse, dass sich das Konzept rechne und die Vorgaben des Entschuldungsvertrages eingehalten werden, heute noch die Zahlen an die Kämmerin weiterzuleiten.

Ratsherr Janssen erklärt, die Vorstellung des Konzeptes der Herren Hube und Kremer würde Klarheit bringen. Er habe beim letzten IBV gegen einen Verkauf gestimmt und erläutere die Gründe.

Ratsherr Garrels hebt nochmals hervor, man wünsche für die Entwicklung des Kurviertels verschiedene Konzepte. Dies sei das Ziel des Interessenbekundungsverfahrens. Ihm fehle in dem Vorschlag der Herren Hube und Kremer die Wirtschaftlichkeit. Auch wenn der Vorschlag geprüft würde, würden die Verfahrensfragen bleiben. Das Verfahren müsse rechtlich richtig abgewickelt werden.

Ratsherr Recktenwald äußert sein Missfallen über die Titulierung „Totengräber“, nur weil man anderer Meinung sei. Man sei sich doch darüber einig, das alte KWC werde nicht mehr benötigt. Nicht einig sei man sich aber über die Verwertung. Laut Projekt M sollte die Verwertung von KWC und HDI als Ganzes betrachtet werden. Die Mehrheit seiner Gruppe sei der Meinung, auch die Leistungsfähigkeit eines zukünftigen HDI müsse bedacht werden. Er persönlich sei der Meinung, die Kommune könne das Haus der Insel nicht führen. Man versuche ein Millionenunternehmen mit den Strukturen des öffentlichen Dienstes zu führen. Seiner Meinung werde dafür ein Profi und Hotelbetten benötigt. Es sollte ergebnisoffen ausgeschrieben werden.

Stv. Bürgermeisterin Mühlinghaus führt aus, sie verfolge die verschiedenen Interessenbekundungsverfahren seit Jahren. Sie sei in den Rat gekommen, weil Entscheidungen benötigt würden. Die Entscheidungen sollten aber überdacht sein und Wichtiges müsse erhalten bleiben. Laut Landkreis sollen nicht benötigte Liegenschaften veräußert werden. Ein Verkauf des HDI sei aber nicht notwendig. Ihrer Meinung nach hätte das neue KWC schon lange fertig gestellt und das alte KWC verkauft sein sollen. Somit hätte der Entschuldungsvertrag erfüllt werden können. Der Entschuldungsvertrag sei das größte Problem. Man könne keine Fördergelder aufnehmen. Sie sehe sich nicht dafür zuständig der Kämmerin Zahlen zu geben, was erwirtschaftet werden müsse oder was der Erlös sei. Ihrer Meinung nach könne man mit dem Vorschlag der Herren Hube und Kremer mit einfachen Mitteln zu einer schnellen Lösung kommen.

Kämmerin Baller stellt richtig, der Entschuldungsvertrag werde nicht mit dem Verkauf von einem Gebäude beendet. Der Entschuldungsvertrag verlange, die Kommune dürfe sich im laufenden Ergebnis nicht weiter verschulden. Man müsse sich so aufstellen, dass man sich künftig tragen könne. Was nicht bedeute, dass es keinen Veranstaltungsraum mehr gebe. Man könne sich auch einmieten. Sie macht nochmals deutlich, wenn ein Vorschlag geprüft werden soll, benötige sie dafür Zahlen.

Bürgermeisterin Horn verweist auf den von Stv. Bürgermeisterin Mühlinhaus geäußerten Vergleich mit dem Conversationshaus auf Norderney. Sie halte es für gefährlich, sich mit anderen Inseln zu vergleichen. Norderney sei ein Staatsbad mit sehr viel Geld. Außerdem verfüge Norderney über einen sehr guten Touristiker, der sich durchsetzen durfte. Mit Projekt M sei eine Unternehmensberatung beauftragt worden, die auch schon die Nachbarinseln nach vorne gebracht habe und reichhaltige Inselerfahrung besitze. Sie maße sich nicht an, es besser zu wissen.

Der Rat beschließt mit 7 Ja-Stimmen und 4 Nein-Stimmen

die Verwaltung gemäß dem Antrag der Gruppe L.P.R. und Ratsmitglied Uwe Garrels zu beauftragen

- die Arbeiten zur Einleitung eines Markterkundungs- und eines Interessenbekundungsverfahrens (IBV) zur Neugestaltung des Bereiches HDI/KWC zu beginnen,
- die Formulierung der Bedingungen für das IBV zur Entscheidung für den Rat vorzubereiten
- ein Markterkundungsverfahren vorzubereiten,
- eine Bewertungsmatrix zu erstellen, die Bewertung und Vergleich der eingehenden Angebote ermöglicht und von vornherein klarstellt, welche Kriterien für die Abgabe einer Interessenbekundung erfüllt sein müssen,
- die notwendige juristische Begleitung des Verfahrensprozesses zur Sicherung der Wettbewerbsregeln und zur Vermeidung von Prozessrisiken im laufenden Verfahren vorzubereiten.

**Zu Punkt 15: RoRo-Anleger Langeoog und Bengersiel, Honorarabrechnung
Ingenieurberatung Bröggelhoff GmbH (IBB) für bisher zusätzliche
erbrachte Leistungen
(s. Vorlage Nr. VO23-150)**

Ratsherr Janssen bittet um einen Sachstandsbericht zu den Brücken.

Bürgermeisterin Horn erklärt, man befinde sich in einem laufenden juristischen Verfahren und dürfe sich nicht äußern.

Auf eine Äußerung von Ratsherrn Recktenwald bittet Allgemeiner Vertreter Heimes, sich mit öffentlichen Äußerungen zu betreffenden Firmen oder Planungsbüros zurückzuhalten. Man sei in verschiedenen rechtlichen Prüfungen, daher könne zum Sachstand nichts berichtet werden. Die Regularien seien unbedingt einzuhalten.

Der Rat beschließt einstimmig den Leistungsanspruch der Ingenieurberatung Bröggelhoff für Mehraufwendungen zum Projekt RoRo-Brücke und Fußgängerbrücke in den Häfen Langeoog und Bengersiel nach dem tatsächlichen Aufwand auf Basis von Stundennachweisen, derzeit zum Preis von 113.543,64€ netto (Abrechnung bis 31.05.2023), abzurechnen. Bis zum Abschluss des Projektes ist mit weiteren Kosten zu rechnen. Nach den vorliegenden Abrechnungsdaten wird zunächst bis Ende des Jahres mit Kosten in Höhe von bis zu 40 T€ zu rechnen sein, die ebenfalls auf Basis von Stundennachweisen abzurechnen sind.

Zu Punkt 16: Anträge und Anfragen

1. Ratsfrau Spies stellt einen Antrag auf Online-Veröffentlichung der Entschuldungsvereinbarung und verliert ihren Antrag.

Bürgermeisterin Horn stimmt einer Veröffentlichung selbstverständlich zu. Bisher habe jeder Bürger die Möglichkeit gehabt den Entschuldungsvertrag im Rathaus einzusehen. Der Form halber werde sie beim Landkreis und dem Land Niedersachsen die Zustimmung für die Veröffentlichung einholen.

2. Stv. Bürgermeister Schmidt verweist auf die erneute Situation der ausgefallenen Brücken und spricht in diesem Zusammenhang den betroffenen Mitarbeitern von der Schifffahrt und dem Tourismus-Service seinen ausdrücklichen Dank für geleistete Arbeit aus. In diesem Zusammenhang bittet er Gäste und Insulaner die Mitarbeiter für die Situation nicht mit Beschimpfungen anzugehen.
3. Ratsherr Recktenwald bedankt sich bei den Herren Ralf Deeling, Andy Blum und Ron Piekarski für die durchgeführten Veranstaltungen.

Zu Punkt 17: Bericht der Bürgermeisterin über wichtige Angelegenheiten

- a. Bürgermeisterin Horn berichtet über aktuelle Übernachtungszahlen. In Deutschland seien im Februar 2023 40,5 % mehr Übernachtungen erfolgt, als in 2022. Im März 2023 noch 23,5. Aktuell habe Langeoog mit Stand Juni mehr Tagesgäste als im Vorjahr. Aktuell seien weniger Gäste auf der Insel als sonst, aber nicht in einer dramatischen Größenordnung (derzeit 70 Gäste weniger als im Vorjahr). Das Problem treffe alle Inseln. Gründe dafür seien die Inflation sowie die Möglichkeit für den gleichen Preis das Ausland bereisen zu können.
- b. Bürgermeisterin Horn erläutert die Themen der nichtöffentlichen Sitzungen. Vor der letzten Sitzung des Tourismus-Service habe man nichtöffentlich getagt um intern die Rahmenbedingungen für einen zukünftigen Tourismusmanager zu beraten. Bei den übrigen Sitzungen seien die Ausschreibung des Verkehrslandeplatzes und der Abstimmungsbedarf zum Kurviertel Thema gewesen.
- c. Bürgermeisterin Horn berichtet über den Auftritt der Egerländer am vergangenen Samstag. Der Bürgermeister des Heimatortes der Egerländer sei zudem Gast auf dem Schützenfest gewesen.
- d. Bürgermeisterin Horn berichtet über die Anregung von Herrn Edzard Dirks den Mount Müll umzubenennen. Die Aussichtsplattform sei vom Nationalpark mit schönen Tafeln gestaltet worden und sollte nicht als „Müllberg“ bezeichnet werden. Der Vorschlag von Herrn Dirks wäre der Sprachgebrauch „Strunthörn“, abgeleitet von „Schiet und Strunt“.
- e. Bürgermeisterin Horn teilt mit, bisher seien insgesamt 627 Familientickets verkauft worden.

Zu Punkt 18: Einwohnerfragestunde

Uli Hogeckamp

Herr Hogeckamp verweist auf die Fliesen-Windrose auf dem Vorplatz des Inselbahnhofs. Die Fliesen würden in Scherben liegen. Er bittet um Reparatur. Außerdem stehe auf der linken Seite des Bahnsteiges ein toter Baum, der entfernt werden sollte. Zudem möchte Herr Hogeckamp wissen, wer für die Bewässerung der Bäume in der Kirchstraße zuständig sei.

Allgemeiner Vertreter Heimes erklärt, für die Bewässerung der Bäume seien die beauftragten Firmen zuständig. Bestandteil der Ausschreibungen sei auch immer eine Anwachsbegleitung der Bäume. Ansonsten übernehme der Bauhof die Bewässerung.

Herr Hogeckamp schlägt vor, für die Bewässerung der Bäume vor der Inselfschule die Schüler einzubeziehen.

Bürgermeisterin Horn gibt die Anregung gerne an die Schulleitung weiter.

Frank Düll

Herr Düll verweist auf das Inselmobil und die steuerfreien Einnahmen von bis zu € 3.000,00. Er geht von einer fiktiven Zahl und viel höheren Betriebskosten aus. Sollte sich jemand an dem Begriff „Ehrenamtlich“ stören könne man es auch „Freiwilligendienst“ nennen.

Zu Punkt 19: Schließung der Sitzung

Ende der Sitzung: 22.00 Uhr



Gerrit Agena
Ratsvorsitzender



Katja Heimes
Protokollführerin



Heike Horn
Bürgermeisterin